



# „Jeder hat ein Anliegen in Europa“

Der vierte Teil der Europa-Serie stellt die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) vor. Seit 2009 ist der SoVD Mitglied in dem Netzwerk aus rund 250 Organisationen. Die EBD ist der nationale Rat des European Movement International (EMI). Seit 1949 setzt sie sich für europäische Zusammenarbeit ein und bietet Dialog zwischen Politik und Interessengruppen. Denn auch mit Erreichen der Europäischen Union ist längst nicht alles getan. Wir sprachen mit Bernd Hüttemann, EMI-Vizepräsident und EBD-Generalsekretär.



Foto: K. Neuhauser/EBD  
**Bernd Hüttemann**

Die Europäische Bewegung gibt es ja schon lange – was will sie heute erreichen?

Wir bringen schlichtweg diejenigen zusammen, die sich für die europäische Integration einsetzen; die glauben, dass europäische Lösungen in weiten Teilen nötig sind, um Probleme, die wir heute haben, zu lösen.

Wird Brüssel nicht häufig als ein Apparat wahrgenommen, der sich selber verwaltet?

Das große Missverständnis ist, dass es kein „Brüssel“ und kein „Berlin“ gibt, sondern es gibt eine Politik, die von verschiedensten Akteuren gemacht wird und die „Europapolitik“ heißt. Und wir möchten gerne mit allen, die diese Politik zu verantworten haben, sprechen und ihnen klarmachen, wie bessere Lösungen möglich sind.

Wo stehen Sie bezogen auf die Bundesregierung?

Wir werden von der Bundesregierung institutionell gefördert. Das klingt nach Abhängigkeit. Das Gegenteil ist der Fall; weil auch wichtige Mitglieder wie Ihr Verband dafür sorgen, dass wir großen Ausgleich schaffen. Und wir sind sehr kritisch. Wenn die Bundesregierung sagt, sie hat zu einem Thema eine Meinung, dann kann es durchaus sein, dass wir dagegenhalten.

Sie sind also kein Büro für EU-Öffentlichkeitsarbeit?

Nein, wir gucken uns sehr genau an, was die Mitglieder wünschen, und kümmern uns um ein Thema, bei dem alle innerhalb

der EBD die gleiche Meinung haben. Wir konzentrieren uns also auf den Konsens.

Sie haben rund 250 Organisationen und auch Unternehmen unter Ihrem Dach. Wie binden Sie da soziale Themen ein?

Wir fordern eine soziale Partnerschaft ein, zu der es einen möglichst großen Dialog geben muss: „Wie kann man die Lebenswelt der Menschen in Europa verbessern?“ Und zwar nicht nur aus deutscher Sicht, sondern auch aus portugiesischer oder maltesischer Sicht.

Es macht einen Unterschied, was die EU zurzeit prinzipiell darf und was sie prinzipiell können sollte. Gerade im sozialen Bereich. Das machen wir auch den Parteien klar: Wenn ihr von den Menschen verlangt, dass sie euch wählen, weil ihr besonders für das soziale Europa seid, dann müsst ihr auch erklären, dass das soziale Europa nicht einfach so herzustellen ist. Jeder Mitgliedstaat hat ein Veto, bestimmte Bereiche in der Sozialpolitik umzusetzen.

Viele haben das Gefühl, die EU beschäftigt sich nur mit dem Brexit; oder dem Krümmungsgrad von Bananen. Was hat die oder der Einzelne von der EU?

Die Aufregung bei vielen Themen der EU ist sehr hoch. Gleichzeitig wird behauptet, dass die EU sehr weit weg ist. Beides zusammen kann nicht stimmen! Das Allermeiste, was die EU macht, wird, wenn's positiv ist, nicht so häufig von nationalen Staaten oder Interessen-

gruppen als eine EU-Erfindung dargelegt, sondern als „gegeben“ vorausgesetzt – oder man hat es selber getan. Kommt etwas negativ an, behauptet man, dass es von der EU kommt. Es ist uns wichtig, dass man bei jedem politischen Entscheidungsweg immer auch Kunde, Koch und Kellner hat: jemanden, der es umsetzt, und jemanden, der es bestellt hat. Und da ist in den letzten 20, 30 Jahren etwas in eine Schiefelage geraten.

Nehmen Sie die Datenschutzgrundverordnung: Da können Sie kritisieren, dass etwa kleine Vereine mit Bürokratie konfrontiert sind. Gleichzeitig gibt es jetzt endlich eine Regelung, die den einzelnen Menschen gegenüber Großkonzernen in der Datenschutzfrage schützt. Das ist etwas, was man nie vergessen darf: dass es das große Ganze gibt und gleichzeitig auch jeder Einzelne von der europäischen Integration stark betroffen ist.

Trotzdem ist die Wahlbeteiligung zum EU-Parlament kontinuierlich gesunken. Ist das ein Vermittlungsproblem?

Es muss ein Vermittlungsproblem sein! Denn seit der ersten Direktwahl vor 40 Jahren hat das Europäische Parlament nachweislich mehr Macht bekommen. Das heißt, das kann nicht daran liegen, dass es nicht wirkmächtig ist.

Warum sollte man denn am 26. Mai wählen gehen?

Weil jeder ein Anliegen hat, das im Europäischen Parlament entschieden wird. Und wenn er

seine Stimme nicht nutzt, wird sein Anliegen auch nicht von den richtigen Leuten vertreten.

Beim Brexit-Vertrag etwa geht es um eine Richtungsentscheidung. Uns ist sehr wichtig, dass im Europaparlament Parteien sitzen, die eine europäische Sichtweise haben und nicht nur im Klein-Klein ihre Besitztümer schützen wollen, ohne zu verstehen, dass, wenn man in einem Land ein Besitztum schützt, es im anderen Land zu einem ganz großen, auch sozial negativen Ergebnis führen könnte. Das ist komplizierter, schwieriger. Das ist Demokratie.

Machen Sie doch mal „Werbung“ für Europa. Was ist für Sie das Tolle an der EU?

Mich begeistert an Europa die Zusammenarbeit unterschiedlicher Menschen und die Vielfalt unterschiedlicher Ideen. Und dass es möglich ist, in der Unterschiedlichkeit einen so großen Konsens herzustellen, über den jeder in der ganzen Welt sich immer wieder wundert. Es gibt kaum einen Kontinent, auf dem trotz aller Probleme eine so starke Zusammenarbeit organisiert ist. Diejenigen, die einen demokratischen Wettbewerb für ein besseres Europa wollen, müssen auf jeden Fall zur Wahl gehen! Weil sonst die destruktiven Kleingeister gewinnen werden.

Was würden Sie als den wichtigsten Wert europäischer Einigung sehen?

Wenn's um den Konsens geht, ist der wichtigste Wert ganz klar die Demokratie auf allen Ebenen. Das sind Menschenrechte und Bürgerrechte, Pressefreiheit und dass es einen hohen Sozialstandard gibt in Europa. Der, egal in welches Land in Europa man guckt, immer noch höher ist als in den meisten anderen Ländern der Welt.

Könnte ein Konsens in der EU zu Verschlechterungen in Deutschland führen, etwa bei Sozialstandards?

Die Befürchtung ist absolut legitim. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass zum Beispiel die Umweltschutz- oder Verbraucherpolitik gezeigt haben, dass es durchaus möglich ist, europaweit die Standards zu erhöhen. Hier muss man das Vertrauen stärken und sagen: Wir haben einen Standard, und

den möchten wir in ganz Europa verstärken. Das funktioniert nicht von heute auf morgen, bedeutet aber nicht, dass die Europaebene hierfür nicht geschaffen ist. Es ist enorm wichtig, diese Warnung vor einem Abschwächen nationaler Standards auszusprechen, aber ich glaube, dass die Gefahr zumindest eingrenzbar ist.

Der SoVD hat eine lange friedenspolitische Tradition. Welche Rolle spielt der Frieden heute innerhalb der EU?

Die Europäische Union hat den Friedensnobelpreis ja nicht umsonst bekommen. Sie hat dafür gesorgt, dass es eine sehr lange Friedensperiode gibt, nicht nur in Deutschland. Das ist nicht selbstverständlich. Ich glaube, die Menschen spüren das. Und wir wissen, dass Flüchtlingsfragen, die uns ja wahnsinnig bewegt haben in den letzten Jahren, natürlich auch mit Krieg zusammenhängen. Wenn es keine starke EU gibt, sehe ich in der Tat für den Weltfrieden schwarz.

Wie kann ich mich persönlich für Europa engagieren?

Man kann sich bei einer Gewerkschaft, einer Partei oder einem Verband wie dem SoVD einbringen. Das andere ist, dass man bei einer Wahl – nicht nur bei der Europawahl, auch bei der Bundestagswahl – die Parteien stärkt, die europäische Antworten einfordern und europäische Integration fördern.

Wir sagen: Wer die kleine Demokratie, also vor Ort, in Gruppen fördert, der fördert damit auch Europa. Denn das ist der Unterschied zu anderen, autoritären Kontinenten und Ländern: dass Europa die Vielfalt durch Konsensfindung und Opposition in Demokratie umgewandelt hat. Das ist nicht nur europaweit so, sondern auch in den Staaten, die der EU angehören. Und da kann jeder Einzelne wahnsinnig viel tun.

Interview: Eva Lebenheim  
Mehr unter: [netzwerk-ebd.de](http://netzwerk-ebd.de)

**MAKE EUROPE YOUROPE.**

„Das Europäische Parlament hat eine politische Geltung, die nur der beeinflussen kann, der wählen geht. Wer von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht, überlässt es anderen, ihre Macht auszuspielen.“  
SoVD-Präsident Adolf Bauer

**Am 26. Mai ist Europawahl. Geh wählen!**

Grafik: EBD

Der SoVD beteiligt sich an der EBD-Kampagne „Make Europe Yourope“ als Aufruf zur Europawahl.